



# Gruppe SPD – B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf



Christa Weilert-Penk (SPD) - Detlef Knauer (B90/Grüne)

Herrn Bürgermeister  
Alfred Baxmann  
Rathaus II  
Vor dem Hann. Tor 1  
31303 Burgdorf

Burgdorf, 18. Nov. 2014

**Antrag gem. § 6 der Geschäftsordnung zur Beratung und Entscheidung in den  
Sozial- und Integrationsausschuss, den Verwaltungsausschuss und den Rat**

**Einrichtung einer halben Personalstelle Sozialarbeit/Sozialpädagogik  
für Flüchtlingsarbeit**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Gruppe SPD - Bündnis 90 / Die Grünen im Rat der Stadt Burgdorf beantragt, im Stellenplan 2015 eine zusätzlich ½ Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft für die Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden bereitzustellen.

### **Begründung:**

Aufgrund der weltpolitischen Krisensituationen und den kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen Ländern unserer Erde ist die Zahl der Flüchtlinge auch in Deutschland im letzten Jahr stark angestiegen.

Viele Menschen, aktuell vor allem aus Syrien, dem Irak, dem Iran, Afghanistan sowie anderen Ländern werden in ihrer Heimat aus politischen, religiösen, ethnischen Gründen oder wegen ihres Geschlechtes oder ihrer sexuellen Identität verfolgt und flüchten mit ihren Familien vor Vertreibung, Hunger und Tod.

Auch die Stadt Burgdorf hat in den letzten Monaten verstärkt Flüchtlinge aufgenommen und ist auch aufgrund der bundes- und landesweiten Zuweisungsquoten verpflichtet, in diesem und vor allem im kommenden Jahr noch weitere zugewiesene Flüchtlinge aufzunehmen (Die Stadtverwaltung geht momentan von einer jährlichen Neuzuweisungsquote von mindestens 100 Flüchtlingen aus).

Der Sozial- und Integrationsausschuss hat sich deshalb mit dieser Thematik bereits am 18.09.2014 intensiv befasst und die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Konzept für die sozialpädagogische Betreuung und Beratung zu erarbeiten.

Die sozialpädagogische Fachkraft soll in erster Linie die notwendigen und vielfältigen sozialen Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Betroffenen initiieren und durchführen. Darüber hinaus sollen auch folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

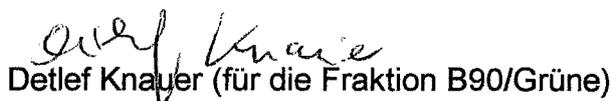
- Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für die Integrationsarbeit in unserer Stadt,
- Koordinierung der Flüchtlingsarbeit und Vernetzung mit anderen Einrichtungen, Dienststellen, Vereinen, Verbänden und Körperschaften sowie Einzelpersonen, die Flüchtlingsarbeit leisten.

Eine Befristung auf zunächst fünf Jahre halten wir für geboten, um immer wieder überprüfen zu können, was ist notwendig, was ist gelungen und welche Maßnahmen müssen verändert werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christa Weilert-Penk (für die SPD Fraktion)



Detlef Knauer (für die Fraktion B90/Grüne)